

DIE LINKE. Lippe

Fraktion im Rat der Stadt Detmold

Die Linke, Fraktion im Rat der Stadt Detmold, Exterstraße 9, 32756 Detmold

An die
Abteilung Rat und Recht
der Stadt Detmold
Herrn Bürgermeister Rainer Heller
Marktplatz 5
32756 Detmold
per Mail

Exterstraße 9
32756 Detmold
05231-3028600
ratsfraktion-detmold@dielinke-lippe.de

Sparkasse Detmold
BIC: WELADE3LXXX
IBAN: DE68 4765 0130 0046 2758 71

Detmold, 18.11.2018

Anfrage zur geplanten Reduzierung der Stellplätze auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz

Sehr geehrter Bürgermeister Heller,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bitte beantworten Sie unsere Anfrage zum nächstmöglichen Termin des Rates, bzw. des zuständigen Ausschusses mündlich und zusätzlich schriftlich zum Protokoll:

Anfrage:

In wiefern ist der ISEK-Beschluss hinsichtlich der künftigen Nutzung und Ausgestaltung des Kaiser-Wilhelm-Platzes rechtlich bzw. im Hinblick auf die Generierung von Fördermitteln bindend für die heute vorliegenden Planungen?

Sachdarstellung:

Zur Erläuterung der Anfrage verweisen wir auf folgende Zitate aus dem **Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Detmold**, - Fassung zum Ratsbeschluss -

S. 41 ff: „Handlungsfeld „Mobilität und Verkehr“

Die Verkehrssituation im historischen Stadtkern war Anfang der 90er Jahre durch die Überlastung der Straßen durch den Parksuchverkehr und durch eine zunehmende Versiegelung der Innenhöfe zur Anlage von Stellplätzen geprägt. Ein heute noch existierendes Problem ist die Trennung zusammengehörender Stadtbereiche durch Hauptverkehrsstraßen. Grundlage der Rahmenplanung 1993 war das Szenario IV des Verkehrsentwicklungsplans von Harloff Hensel mit dem Leitbild „Stadtverträglicher Verkehr“, das mit besseren Angeboten für den Radverkehr und ÖPNV, eine flächenhafte, netzweite Verkehrsberuhigung des

KFZ-Verkehrs und Parkrestriktionen für Langzeitparker umgesetzt wurde. Wesentliche Erfolgsfaktoren waren die Entwicklung eines zukunftsweisenden ÖPNV – Angebotes, die Bewirtschaftung der öffentlichen Stellplätze im historischen Stadtkern sowie der Stellplatzanlagen der Bezirksregierung und der Sparkasse sowie die Errichtung einer Fahrradabstellanlage am Bahnhof. Auch die Verlegung der B239 wird sich langfristig auf die Reduzierung des Durchgangsverkehrs auswirken.

• Noch nicht umgesetzt werden konnten die Maßnahmen:

- **Reduzierung der Stellplätze auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz**
- Errichtung eines Parkhauses auf dem nördlichen Bahngelände

Fazit für das ISEK

Gerade das Mobilitätsverhalten wird sich in den nächsten Jahren stark weiter entwickeln. Die aus dem ISEK resultierenden Projekte müssen hier nachhaltige Antworten finden. Veränderte Bevölkerungsstrukturen bedingen genauso weiter entwickelte Lösungsansätze wie innovative Trends zukünftiger Mobilität.

Handlungsfeld „Stadtgestaltung/Denkmalenschutz/Freiraumplanung/Wohnumfeld“

Unter dem Eindruck der Neubauten des Hotels und der Sparkasse an der Paulinenstraße wurden damals weitere Maßstabsverletzungen durch Großbauvorhaben im historischen Stadtkern befürchtet. Nach dem Ausbau der Paulinenstraße sollten weitere Beeinträchtigungen des Stadtbildes durch Straßenraumaufweitungen vermieden werden. Hinsichtlich der Grüngestaltung wurden die Qualität der Ufergestaltung entlang der Gewässer (Wallgraben) und die Aufstellung von unpassenden Grünelementen im Stadtraum (Meierstraße) bemängelt.

Hinsichtlich der Neugestaltung der Freiflächen wurde die Zielsetzung verfolgt, die städtischen und natürlichen Erlebnisbereiche zu verbinden, den städtischen Charakter der Wasserläufe zu stärken und die Straßenräume entsprechend ihrem historischen Rang zu gestalten.

Als konkrete Maßnahmen standen die Umgestaltung des Kaiser-Wilhelm-Platzes, des Schlossplatzes und des Bahnhofsvorplatzes auf der Agenda.

Entsprechend der Zielsetzung der Steigerung der Aufenthaltsqualität in den Straßen- und Freiräumen sowie der Vermeidung von Barrieren für Fußgänger wurden die Krumme Straße, der Marktplatz, das Rosental und der erste Bauabschnitt der Parklandschaft Friedrichstal umgestaltet.

Neben der Sanierung öffentlicher Gebäude wie das Rathaus am Markt, Bahnhofsgebäude, Stadthalle und Landesmuseum wurden mit Hilfe der Städtebauförderung zahlreiche private

Maßnahmen der Fassadenerneuerung an erhaltenswerten Gebäuden und Baudenkmalen durchgeführt.

Noch nicht durchgeführt wurden die folgenden Maßnahmen:

- *Umsetzung Parkpfliegewerk Schlossplatz*
- *Entwicklung des Straßenraums Hermannstraße zur Promenade [!]*
- *Verbesserung der urbanen Qualität des Kaiser-Wilhelm-Platzes*
- *Entwicklung eines Werre-Landschaftsbandes*

Fazit für das ISEK

Viele dieser noch nicht umgesetzten Maßnahmen stehen, wie die im Rahmen dieses ISEK durchgeführten Beteiligungen gezeigt haben, weiterhin auf der Agenda. Es gilt den auf Basis der Rahmenplanungen eingeschlagenen Weg entsprechend den heutigen Erkenntnissen zu ergänzen und weiter zu führen.

Im ISEK ist also hinsichtlich der Verbesserung der Aufenthalts- und Erlebnisqualität im Bereich des denkmalgeschützten Kaiser-Wilhelm-Platzes festgehalten, dass dies mit der Reduzierung von Parkplätzen einhergehen soll. Nach unseren Informationen müssen die Rahmenrichtlinien des ISEK als eine Art Selbstverpflichtung für eine Fördermittelvergabe eingehalten werden.

Die Maßnahmen 4.4.1 *Entwicklung eines Nutzungskonzeptes (Rahmenplan) für die Aufwertung des Kaiser-Wilhelm-Platzes* (S. 150) und 4.4.2 *Aufwertung der öffentlichen Grünanlagen im Bereich des Gartendenkmals „Kaiser-Wilhelm-Platz“* (S. 152) korrespondieren nach unserer Auffassung so sehr miteinander, dass die Fördermittelvergabe sowohl für 4.4.1. als auch für 4.4.2 von den oben erwähnten Kriterien abhängig sein müsste. Die inzwischen vorgenommenen Veränderungen am Gesamtkonzept des Platzes sind jedoch so gravierend, dass sie den Erkenntnissen und den erklärten Zielen des ISEK-Beschlusses in diesem Bereich zuwiderlaufen.

Es mag ja sein, dass direkt für die Errichtung von Parkplätzen im Bereich des KWP keine Fördermittel beantragt worden sind. Damit ist die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Fördermittel für die denkmalgeschützte Gesamtgestaltung der Grünflächen des KWP aber noch nicht beantwortet. Wenn seinerzeit geplant wurde, die Stellplätze zu reduzieren und heute ganz im Gegensatz dazu eine Erweiterung der Flächen zum Parken im Konzept vorgesehen ist, so konterkariert dies in unseren Augen den ISEK-Beschluss und macht die rechtlichen Voraussetzungen zur Nutzung von Fördermitteln für die anderen Maßnahmen im Bereich des KWP fragwürdig.

Mit freundlichen Grüßen

Evelin Menne

(Fraktionsvorsitzende)